

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden
Hansastrasse 10, Telefon 20011
Für die Nachdruckrechte: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptredaktionsschreiber:
Dresden - K. L., Wittenstrasse 20/42

Besuchszettel für 10000 geschäftliche Besucher innerhalb 2000 Km. (entferntestes 70 Km. von Dresden)
durch Postkarte 8.00 Mk. einschließlich 20 Pg. Postkarte ohne Postkartenabgabe bei 7 mal
wöchentlichem Betrieb. Anzahlzettel zu 10 Pg. außerhalb Sachsen 15 Pg. Abrechnungsliste: Die
einzelne Postkarte kostet 10 Pg. für auswärtige 15 Pg. die 90 von 900 Rechnungen 200 Pg.
außerhalb 300 Pg. ab. Ausnahmabild 10. Kartell. Sonderzettel und Rechnungen ohne Rechnung
15 Pg. außerhalb 25 Pg. Entfernungszettel 10 Pg. Endstellige Aufzähle gegen Postkartenabgabe.

Stadt u. Postamt: Dresden 8. Rathaus,
Postamt, Postamt-Rathaus, 1000 Dresden
Rathaus nur mit best. Quellenzettel
(Dresden, Radebeul) gültig. Unterlagen
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Gemeinsame Erklärung Papen - Hitler

Die Frage der nationalen Einheitsfront

Berlin, 6. Jan. Adolf Hitler und Herr v. Papen übergeben der Presse folgende gemeinsame Erklärung: Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitler und dem früheren Reichskanzler v. Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Versprechungen sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront beschäftigt hat, und daß insbesondere die beiderseitigen Ausschöpfungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.

ges. Adolf Hitler,
von Papen.

Freiherr v. Schröder hat uns folgende Erklärung zur Verfügung gestellt: Mit Rücksicht auf die in der Presse verbreiteten, zum großen Teil unrichtigen Nachrichten über das Verhältnis des Herrn Reichskanzlers a. D. v. Papen mit Herrn Hitler, das in meinem Hause stattgefunden hat, erläuterte ich Sie zu folgender Erklärung:

Die Initiative, eine Aussprache zwischen dem ehemaligen Reichskanzler v. Papen als dem Repräsentanten weitester

nationalkonservativer Kreise und Herrn Hitler als dem alleinigen Führer der nationalsozialistischen Bewegung herbeizuführen, ist einzeln und allein von mir persönlich ausgegangen. Der Zweck war, in einer solchen vertraulichen Aussprache den Boden für eine Verständigung aller nationalen Kräfte wieder zu suchen, der mir in den politisch aufgerüttelten Zeiten der letzten Monate immer mehr verloren zu gehen zu fühlten. Nichts anderes war die Absicht und über nichts anderes ist die Unterhaltung geführt worden.

ges. Freiherr v. Schröder.

Landbundvertreter beim Reichskanzler

Berlin, 6. Jan. Der Reichsbund teilt mit: Reichskanzler v. Schleicher empfing heute die geschäftsführenden Präsidenten des Reichsbundes, Graf A. von Sebreny und die Direktoren v. Enkel und Dr. Sieburg. In eingehender Aussprache wurden die unzählbaren Banden in der deutschen Landwirtschaft dargelegt, die insbesondere durch den Verfall der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion hervorgerufen sind. Reichskanzler v. Schleicher ist über die ständig wachsende Erbitterung und bedrohliche Stimmung auf dem Lande unterrichtet worden.

Sachsens Wünsche zur Arbeitsbeschaffung

Verhandlungen nächste Woche

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Januar. Nachdem die Beratungen über die Arbeitsbeschaffung sehr weit gefördert worden sind, das mit der Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen in aller Nähe zu rechnen ist, erhebt sich die Frage, wie sich Dr. Gerekes Programm für die einzelnen Länder, insbesondere auch für Sachsen, auswirken wird. Im Rahmen der Verhandlungen Dr. Gerekes mit den Vertretern der Länder hat der sächsische Innensenator Richter darauf hingewiesen, daß die Bedingungen für die zu gewährenden Kredite so beabsichtigt sein müssen, daß

den lästigen Stellen, die für die Aufnahme solcher Kredite in Frage kommen, also in ältester Linie die sächsischen Gemeinden, die Aufnahme der selben überhaupt möglich ist.

Von allen deutschen Ländern ist gerade das Industrieland Sachsen von der Krise am härtesten betroffen worden. Hier hat sie sich von Anbeginn an ausgewirkt und die sächsischen Gemeinden haben schon seit Jahren die schweren Lasten für die Opfer der Krise, insbesondere die Wohlstandsempländer, zu tragen. Dadurch befinden sich natürlich die Finanzen der Gemeinden in einem solchen Zustande, daß man eine weitere Verhöhung ablehnen muß, wenn die Kreditherausgabe nicht in Formen erfolgen kann, die den besonderen Verhältnissen in Sachsen Rechnung trägt.

Infolgedessen wird, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm auch für Sachsen günstige Auswirkungen zeigen soll, zunächst einmal abzuwarten sein, welche Regelung im einzelnen die Ausführungsbestimmungen für die beteiligten Kreditnehmer bringen, die von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen wurden. Nach dem Vorliegen der Ausführungsbestimmungen wird man sachlicherweise zu prüfen haben, ob die Erleichterungen, die das Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Aufnahme von Krediten vorstellt, für die besonderen Verhältnisse Sachsen als ausreichend angesehen werden können.

Bei den zuständigen Stellen erkennt man die Berechtigung dieser sächsischen Wünsche auch durchaus an, da die finanzielle Lage von Gemeinden in mehr agrarischen Landesteilen weitaus günstiger ist, als die sächsischen, mit ihrer starken, auf industrielle Entwicklung angewiesenen Bevölkerung. Da die Ausführungsbestimmungen zu Beginn der kommenden Woche schon vorliegen werden, ist damit zu rechnen, daß Verhandlungen zwischen dem sächsischen und den am Arbeitsbeschaffungsprogramm beteiligten Berliner Stellen schon in der nächsten Woche aufgenommen werden können. Man kann dabei nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Berliner Stellen, denen ja schließlich die Bevölkerung der Arbeitslosigkeit sehr viel daran gelegen ist, die bereitgestellte Summe von einer halben Milliarde Mark für Zwecke der Arbeitsbeschaffung auch voll in Anspruch zu nehmen, der besonderen Lage Sachsen Rechnung tragen. Wie man hört, berechtigt der Verlauf der bisherigen Verhandlungen durchaus zu dieser Hoffnung.

Luftschiffkatastrophe bei Nowgorod

Das russische Luftschiff „W. 2“ zerstört

Kopenhagen, 6. Jan. Nach einer Meldung der „Vorflug“ aus Helsingør ist das russische Luftschiff „W. 2“ gestern von einem schweren Unglück betroffen worden. Bei dem mit drei Motoren ausgerüsteten Starrluftschiff W. 2 leichten während der Fahrt von Krasnogorodsk nach Leningrad die Motoren aus, so daß das Schiff vor dem Winden trieb.

In der Nähe von Nowgorod zerstörte es an den Bäumen eines Waldes.

Der Besatzung gelang es rechtzeitig, sich in Sicherheit zu bringen. — Das Luftschiff hatte einige Tage vor Weihnachten Moskau mit Kurs auf Leningrad verlassen, wo es an einer Flugveranstaltung teilnehmen und stationiert werden sollte. Bei Krasnogorodsk mußte das Schiff jedoch wegen Wasserdurchlässen eine Notlandung vornehmen. Gekennzeichnet hatte es nach Beobachtung des Schadens zur Fahrt nach Leningrad.

Die Lage des Eisbrechers „Maljin“

Ölso, 6. Jan. Nach Meldungen aus Spitzbergen ist die Lage des Eisbrechers „Maljin“ sehr gefährlich, da das Schiff vollständig anlaufen droht. Die Pumpen arbeiten unablässig. Es hängt jetzt alles davon ab, ob der Eisbrecher „Maljin“ noch rechtzeitig anlaufen kann, um an dem Eisspumpen des Eisbrechers teilzunehmen, da er bei Sturm sinken würde.

Die Leningrader Hafenverwaltung erhält einen Funkort von dem Eisbrecher „Sedow“, daß die Reparaturarbeiten am „Maljin“ wegen des starken Sturmes eingesetzt werden müssten.

Ostflug fünfzehn Braunschweiger Flugzeuge

Breslau, 6. Januar. Fünfzehn Flugzeuge der Deutschen Verkehrsfliegerschule Braunschweig sind in Braunschweig am Freitagvormittag an einem Überfliegungsvorflug gestartet. Der Flug, der unter Führung des Leiters der Schule, Major Koller, steht, ist als reiner Übungsvorflug gedacht. Darüber hinaus wollen die Braunschweiger Flieger dem bedrängten Oberschlesien die Frühe der deutschen Heimat übermitteln.

Die erste Gruppe des Fluges führte bis Breslau. Gegen 12 Uhr trafen 14 Maschinen auf dem Breslauer Flugplatz ein, während ein Flugzeug bei Koblenz wegen Motordefekts eine Notlandung hatte vornehmen müssen. Die Platz von Koblenz ging nach Breslau und nach Breslau kamen, die von Breslau nach Bremen und nach Bremen laufen, kontrollieren kann, und jedoch ebenfalls zur Zeit nicht in der Lage, gegen Japan vorzugehen.

Sie haben sich zwar durch den Abschluß der Nichtangriffspakte mit Polen, Rumänien und den Balkanstaaten den Rücken für notwendige Operationen im Fernen Osten freigemacht, aber die Sowjeten selbst zu gut, daß ein strategischer Konflikt mit einer Großmacht vom lange Japan den Ausbruch einer Revolution und den Sturz des Bolschewismus bedeuten könnte.

Amerika hat zwar ernst erklärt, daß es keinen japanischen Gebietsgern in China anerkennen werde, der auf einer Verleihung des Kielgouvernements und des Neun-Mächte-Vertrages erwähnte, aber es ist zur Zeit zu sehr mit seinen eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftigt und pol-

Fernostkonflikt - eine Weltgefahr

Es besteht kein Zweifel mehr, daß der größte weltpolitisches Konflikt sich im Fernen Osten angehäuft hat. Denn immer stärker konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Weltmächte auf das Vordringen Japans auf dem chinesischen Festland. Namentlich Russland, Amerika und England fühlen sich in ihren Interessenphären unmittelbar bedroht. Dazu treten die 600 Millionen Chinesen, die zwar heute noch in passiver Geduld, aber doch voll ohnmächtigen Grimms, dem japanischen Vormarsch aussehen und in der Stille die Kräfte des Widerstandes sammeln. Hätte sich in China bereits eine einheitliche Zentralregierung durchgesetzt, wäre das Land nicht durch einen blutigen Bürgerkrieg und durch Unruhen völlig erschöpft, dann ständen wir heute bereits in einem alantischen Ringen zwischen den ungeheuren Menschenmassen der Chinesen und den allerdings nur 80 Millionenzählenden Japanern, denen aber dafür eine geschlossene militärische Disziplin, heiße Patriotische und alle Hilfsmittel moderner Kriegstechnik zur Verfügung stehen. Wie dieser Kampf ausgeht, wäre um so ungewisser, als in ihm die am Fernen Osten interessierten Weltmächte zweifellos direkt oder indirekt Anteil nehmen. Da ist vor allem Russland, das mit allergrößter Sorge der Entwicklung im Fernen Osten zusieht. Denn die japanischen Vormarschpläne sind sehr großzügig. Die japanischen Aktivisten haben ein viel beachtetes Programm aufgestellt, wonach es Japans Aufgabe sein soll, nicht nur die Mandchurie zu beherrschen, sondern sich auch die riesige Mongolei zu unterwerfen und den Russen das Küstengebiet mit Wladivostok sowie Ostsibirien bis zum Baikalsee abzunehmen. Die Russen nehmen diese Pläne jedenfalls sehr ernst. Denn nicht nur die Chinesen, sondern auch sie selbst sind bis jetzt die Feindbegleiter des japanischen Ausdehnungsdranges gewesen. Bekanntlich begann der Vormarsch Japans auf dem chinesischen Gebiet nach dem Siegesgeschlech von 1905, der den Krieg mit Russland beendete. Damals trat Russland seine Ansprüche an die südmandschurischen Eisenbahnen an Japan ab. Kurz danach schlug Japan bereits Korea, und zwar genau nach derselben Methode, mit der es vor einem Jahre die Manchurie eroberte. Aus einem Gebiet von ursprünglich 280 Quadratkilometern wurde schließlich ein Gebiet von 941 700 Quadratkilometern, ein Land, doppelt so groß wie Deutschland, mit etwa 30 Millionen zum größten Teil aus Chinesen eingewanderten Bewohnern.

Da aber der Appetit mit dem Essen kommt, ist Japan damit noch lange nicht aufgehalten und ist nunmehr in den letzten Tagen auch in das eigentliche chinesische Gebiet, die Provinz Schekou, eingebrochen. Es hat entgegen allen Versicherungen Tokio, die sagenberühmte Große Mauer überstiegen und hat damit gezeigt, daß es auch vor dem alantischen Gebiet nicht hantumachen gedient. Seine Truppen stehen nunmehr nur noch 100 Kilometer von der alten Hauptstadt Chinas, von Peking, entfernt. Nach den offiziellen Mitteilungen Tokio ist der Vormarsch erfolgt, weil China Truppen in Schekou zusammenzog, die angeblich eine Bedrohung des japanischen Palaststaates Mandchukuo darstellen. Die Chinesen behaupten natürlich das Gegenteil. Truppenkonzentrationen seien nur zur Abwehr der weiteren japanischen Offensivpläne erfolgt. Tatsächlich sahen die chinesischen Soldaten alles andere als Offensivkrieg ein. Als die Japaner die Grenzstadt Schanghai eroberten, den sie auch mittlerweile besetzt haben, räumten die Chinesen in der Befreiung vor einer Umlaufung durch die Japaner alles andere als Frieden ein. Als die Japaner die Grenzstadt Schanghai eroberten, den sie auch mittlerweile besetzt haben, räumten die Chinesen in der Befreiung vor einer Umlaufung durch die Japaner alles andere als Frieden ein. Der englische Botschafter in Tokio ist auch bereits bei der japanischen Regierung vorstellig geworden. Freilich mehr als zu protestieren vermag England zur Zeit nicht. Und in der selben Lage befinden sich auch die anderen interessierten Weltmächte. Die Russen wissen genau, daß Japan mit der Eroberung Schekous ganz Nordchina in seine Hand bekommt, weil es dann alle Karawanenlinien und Eisenbahnen, die von Peking nach Centralasien und nach Siberien laufen, kontrollieren kann, und jedoch ebenfalls zur Zeit nicht in der Lage, gegen Japan vorzugehen.

Sie haben sich zwar durch den Abschluß der Nichtangriffspakte mit Polen, Rumänien und den Balkanstaaten den Rücken für notwendige Operationen im Fernen Osten freigemacht, aber die Sowjeten selbst zu gut, daß ein strategischer Konflikt mit einer Großmacht vom lange Japan den Ausbruch einer Revolution und den Sturz des Bolschewismus bedeuten könnte.

Amerika hat zwar ernst erklärt, daß es keinen japanischen Gebietsgern in China anerkennen werde, der auf einer Verleihung des Kielgouvernements und des Neun-Mächte-Vertrages erwähnte, aber es ist zur Zeit zu sehr mit seinen eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftigt und pol-